

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss)

- a) zu dem Antrag der Abgeordneten Garrelt Duin, Hubertus Heil (Peine),
Doris Barnett, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksache 17/521 –**

**Für eine Politik der wirtschaftlichen Vernunft – Nachhaltiges Wachstum und
mehr Beschäftigung schaffen**

- b) zu dem Antrag der Abgeordneten Ulla Lötzer, Dr. Barbara Höll,
Matthias W. Birkwald, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 17/470 –**

Zukunftsprogramm für 2 Millionen Arbeitsplätze

A. Problem

Zu Buchstabe a

Stabilisierung der Finanzmärkte durch Regulierungsvorschriften, Schaffung von Anreizen für Investitionen, Steigerung der Ausgaben für Bildung sowie Forschung und Entwicklung, Stärkung der Binnennachfrage durch öffentliche Investitionen und Lohnstabilisierung, Sicherstellung der Kreditversorgung der Wirtschaft, strategische und ökologische Industriepolitik zur Stärkung des Produktionsstandorts, Konzepte zur Förderung des Mittelstands sowie der Gesundheits- und Kreativwirtschaft, Modernisierung traditioneller industrieller Zweige und Aufbau neuer, wachstumsstarker Branchen, Modernisierung der Energie-, Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur.

Zu Buchstabe b

Zukunftsprogramm für zwei Millionen Arbeitsplätze; 50 Mrd. Euro für Ausbau öffentlicher Dienst; 50 Mrd. Euro für öffentliche Investitionen; 25 Mrd. Euro in Zukunftsfonds zur sozialökologischen Erneuerung der Industrie; 500 000 neue öffentlich geförderte Beschäftigungsverhältnisse; Finanzierung durch höhere Steuern auf Unternehmenseinkommen und Vermögen.

B. Lösung

Zu Buchstabe a

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/521 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Zu Buchstabe b

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/470 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Zu den Buchstaben a und b

Keine

D. Kosten

Zu den Buchstaben a und b

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) den Antrag auf Drucksache 17/521 abzulehnen,
- b) den Antrag auf Drucksache 17/470 abzulehnen.

Berlin, den 24. Februar 2010

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Eduard Oswald
Vorsitzender

Dr. Joachim Pfeiffer
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Dr. Joachim Pfeiffer

I. Überweisung

Zu Buchstabe a

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/521** in seiner 19. Sitzung am 28. Januar 2010 beraten und an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur federführenden Beratung und an den Finanzausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, den Ausschuss für Arbeit und Soziales, den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung sowie den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

Zu Buchstabe b

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/470** in seiner 19. Sitzung am 28. Januar 2010 an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur federführenden Beratung sowie an den Finanzausschuss und den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Anträge

Zu Buchstabe a

Nach dem Willen der Antragsteller soll die Bundesregierung sicherstellen, dass die innerhalb der G20 und der EU getroffenen Absprachen zur Regulierung der Finanzmärkte auch in konkrete Vorschriften umgesetzt werden. Kein Markt, kein Produkt und kein Akteur dürfe in Zukunft unreguliert bleiben. Eine Finanztransaktionssteuer soll die Anreize für Spekulationen begrenzen. Für die Verbraucher soll ein Finanz-TÜV eingeführt werden. Mit verbesserten Abschreibungsmöglichkeiten, Investitionszulagen und Existenzgründungshilfen sollen zusätzliche Investitionen ausgelöst werden. Eine zuverlässige Kreditversorgung soll unter anderem durch eine Selbstverpflichtung der Banken erreicht werden, das Kreditvolumen für den Mittelstand deutlich zu erhöhen. Die Bundesregierung wird aufgefordert, ein Konzept zur Förderung des Mittelstands vorzulegen. Die Bildungsausgaben sollen mit einer „Bildungsoffensive“ um 10 Mrd. Euro erhöht werden. Auch die gesamtwirtschaftlichen Forschungs- und Entwicklungsausgaben sollen bis 2015 auf 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts steigen. Als eine der Grundlagen für die Sicherstellung von Wachstum und Beschäftigung schlägt die SPD-Fraktion die Modernisierung der Energie-, Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur vor.

Zu den von der Antrag stellenden Fraktion vorgeschlagenen Maßnahmen zählt unter anderem die Stärkung der privaten Binnennachfrage. Dafür müssen nach dem Willen der Fraktion der SPD Arbeitnehmer mit einem allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn vor Armutslöhnen geschützt werden. Eine gerechtere Einkommensverteilung könne einen Nachfrageschub auslösen. Zur Finanzierung der Maßnahmen schlägt die Fraktion neben der Finanztransaktionssteuer und

dem Verzicht auf die Steuerreform 2011 vor, Subventionen abzubauen und Vermögende durch die Wiedereinführung der Vermögensteuer stärker in die Verantwortung für das Gemeinwohl zu nehmen. Spitzenverdiener sollen einen „Bildungssoli“ zahlen müssen.

Wegen der Einzelheiten wird auf die Drucksache 17/521 verwiesen.

Zu Buchstabe b

Die Fraktion DIE LINKE. fordert die Bundesregierung im Antrag auf Drucksachen 17/470 auf, angesichts des großen Exporteinbruchs gemeinsam mit Ländern und Kommunen ein Zukunftsprogramm aufzulegen.

Diese Programm enthält unter anderem folgende Elemente:

- 50 Mrd. Euro für den Ausbau des öffentlichen Dienstes;
- 50 Mrd. Euro jährlich als zusätzliche Investitionen;
- 25 Mrd. Euro für einen Zukunftsfonds zur sozialökologischen Erneuerung;
- 500 000 öffentlich geförderte Beschäftigungsverhältnisse.

Die erforderlichen Mittel für dieses Programm sollen durch Steuererhöhungen auf Unternehmenseinkommen und Vermögen erwirtschaftet werden.

Wegen der Einzelheiten wird auf die Drucksache 17/470 verwiesen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Buchstabe a

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/521 in seiner 8. Sitzung am 24. Februar 2010 abschließend beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags empfohlen.

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat den Antrag auf Drucksache 17/521 in seiner 7. Sitzung am 24. Februar 2010 abschließend beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags empfohlen.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag auf Drucksache 17/521 in seiner 9. Sitzung am 24. Februar 2010 abschließend beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags empfohlen.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** hat den Antrag auf Drucksache 17/521 in seiner 6. Sitzung am 24. Februar 2010 abschließend beraten und mit den Stim-

men der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags empfohlen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag auf Drucksache 17/521 in seiner 7. Sitzung am 24. Februar 2010 abschließend beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags empfohlen.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat den Antrag auf Drucksache 17/521 in seiner 7. Sitzung am 24. Februar 2010 abschließend beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags empfohlen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag auf Drucksache 17/521 in seiner 7. Sitzung am 24. Februar 2010 abschließend beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags empfohlen.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/521 in seiner 8. Sitzung am 9. Februar 2010 abschließend beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags empfohlen.

Zu Buchstabe b

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/470 in seiner 8. Sitzung am 9. Februar 2010 abschließend beraten und beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE., dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/470 in seiner 8. Sitzung am 24. Februar 2010 abschließend beraten und beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE., dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnis im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie hat die Anträge auf Drucksache 17/521 und Drucksache 17/470 in seiner 6. Sitzung am 24. Februar 2010 abschließend beraten.

Die **Fraktion der SPD** vertrat die Auffassung, dass eine neue Balance zwischen Exporten und Binnennachfrage notwendig sei. Der Tarifabschluss in der Metallindustrie sei mit der vereinbarten Beschäftigungssicherung und der Lohnwachstumsperspektive gerade auch im Hinblick auf eine notwendige Stärkung der Binnennachfrage sehr zu begrüßen. Neben der Einführung von Mindestlöhnen in möglichst vielen Branchen sei die Wiederbelebung einer Investitionskultur in

Deutschland erforderlich. Dazu fehle es an Anreizprogrammen. Das Wachstumsbeschleunigungsgesetz der Koalition sei hier kein gangbarer Weg. Von herausragender Bedeutung sei die Förderung von Forschung und Entwicklung in mittelständischen Betrieben. Hier sei insbesondere eine steuerliche Förderung (sog. tax credits) dringend geboten.

Die **Fraktionen der CDU/CSU und FDP** lehnten den Antrag der Fraktion DIE LINKE. ab, da das Ziel einer Ausweitung der öffentlichen Beschäftigung letztlich zu Lasten der privat Beschäftigten gehen werde. Berlin habe beispielsweise unter einem überbesetzten öffentlichen Dienst gelitten. Die Vorstellungen der Fraktion DIE LINKE. zur Exportregulierung werden kritisch gesehen, da ein Großteil zum Beispiel der Automobilindustrie auf dem Export für Oberklassenmodellen beruhe, die allein in Deutschland nicht absetzbar seien. Die Fraktion der CDU/CSU wies ferner darauf hin, dass der Koalitionsvertrag die von der Fraktion der SPD geforderte Einführung von tax credits vorsehe. In der letzten Legislaturperiode sei dieses Vorhaben allerdings an dem damaligen Bundesminister der Finanzen gescheitert. Die Fraktion der FDP hielt es schließlich für befremdlich, dass sich die Fraktion der SPD der Angleichung an die steuerlichen Rahmenbedingungen für Hotels in der weit überwiegenden Mehrheit der anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union widersetze.

Die **Fraktion DIE LINKE.** führte aus, auch nach ihrer Auffassung müsse das Verhältnis zwischen Binnennachfrage und den extrem hohen Exportüberschüssen neu ausbalanciert werden. Das Modell, die Wirtschaft über eine Ankurbelung des Exports wieder in Gang bekommen zu wollen, funktioniere nicht. Entscheidend sei es, Maßnahmen zu treffen, die die Binnennachfrage erhöhten. Die Kommunen hätten bereits eine drastische Rückführung ihrer kommunalen Investitionstätigkeit verkündet. Auch bei den Bundesinvestitionen sei dem Vernehmen nach mit einem Rückgang im kommenden Jahr zu rechnen. Dies sei eindeutig der falsche Weg. Die öffentliche Investitionstätigkeit dürfe nicht weiter verringert, sondern müsse im Gegenteil ausgeweitet werden. Auch die öffentliche Beschäftigung sei in der Vergangenheit immer nur abgebaut worden. Der Beschäftigungsstand sei heute im vereinten Deutschland kleiner als seinerzeit in der alten Bundesrepublik. Dort, wo der Staat gefordert wird und Geld gebe, solle er auch Einflussrechte und Eigentumsrechte erwerben, um aktive Industriepolitik zu betreiben und den notwendigen überfälligen Umbau der Wirtschaft in einzuleiten.

Die Fraktion **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** hielt die Zielsetzung des Antrags der Fraktion DIE LINKE. zwar in einigen Punkten für richtig und sprach sich ebenfalls für Mindestlöhne aus, das dort vorgesehene gigantische Investitionsprogramm sei aber nicht zu unterstützen. Deshalb sei der Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/521 zu empfehlen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** beschloss ferner mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen

der Fraktion DIE LINKE., dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/470 zu empfehlen.

Berlin, den 24. Februar 2010

Dr. Joachim Pfeiffer
Berichtersteller

